



Foto: IMAGO / Klaus Rose

50 Jahre Berufsverbote

Einladung zu Online-Veranstaltungen und Diskussion

50 Jahre »Radikalenerlass« – historischer Rückblick

Am 28. Januar 1972 verabschiedete die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder zusammen mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) mit ihren »Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im Öffentlichen Dienst« den sogenannten »Radikalenerlass«. Infolgedessen wurde insbesondere vielen Personen aus der politischen Linken die Anstellung im öffentlichen Dienst verweigert; für viele Betroffene kam dies einem Berufsverbot gleich.

Die Zeithistorikerin Alexandra Jaeger erläutert die Entstehungsgeschichte des Erlasses und zeichnet nach, was seine Umsetzung in der Praxis für die Betroffenen bedeutet.

Referentin: Dr. Alexandra Jaeger Historikerin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Wann: Mittwoch, 2. Februar 2022, 18.00-20.00 Uhr

Marksteine der GEW-Geschichte: »Radikalenerlass« – Berufsverbote – Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Im Januar 2022 jährt sich zum 50. Mal die gemeinsame Entschließung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler zum Thema »Radikale im öffentlichen Dienst«, mit der das Startzeichen zur bundesweiten Berufsverbotspraxis gegen Mitglieder sowie Förderer und Förderinnen linker politischer Gruppierungen gesetzt wurde. Und nur kurze Zeit später (1973) verkündete der DGB seine »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«, die sich zu einem großen Teil gegen denselben Personenkreis richteten. Über die Folgen und auch über die inneren Zusammenhänge dieser beiden Ereignisse in den Gewerkschaften auf Bundesebene und in Bayern wollen wir an diesem Abend reden.

Referenten: Dr. Marcel Bois Historiker an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Wolfram Bundesmann ehemaliger Geschäftsführer der GEW Bayern
Wann: Mittwoch, 16. Februar 2022, 18.00-20.00 Uhr

Wie der »Radikalenerlass« Biografien beeinflusste – Betroffene erzählen

Auch und vor allem in den Reihen der GEW waren Kolleg*innen von den Berufsverboten betroffen. In dieser Onlineveranstaltung kommen Betroffene zu Wort. Sie erzählen uns ihre Geschichte und wie das Berufsverbot ihren weiteren Werdegang beeinflusste. Im Anschluss können die Teilnehmer*innen Fragen stellen. Zum Abschluss werden im Dialog mit der Landesvorsitzenden Martina Borgendale noch Erwartungen an Politik und Gesellschaft formuliert, wie ein Umgang mit den Betroffenen und dem Thema nun 50 Jahre später aussehen sollte.

Referent*innen: Lisa Mohr, Angela Rauscher, Andreas Salomon, Fritz Sendelbeck

Wann: Mittwoch, 9. März 2022, 18-20 Uhr

Grenzen der Kunstfreiheit: Lehramt in Bayern und »staatskritische« Rap-Musik

Als Lehramtsanwärter an oberbayrischen Mittelschulen wurde ihm schnell klar: Lion Häbler wird von ihm anvertrauten Schüler*innen online per Suchmaschine gefunden, Vorgesetzte sind erstaunt über Social-Media-Auftritt und Rap-Videos und bald urteilt die Regierung von Oberbayern: »staatskritisch«. Die Folge: Nachfragen, Drohungen und Entscheidungsdruck auf sowohl informeller als auch formeller Ebene. Aufgehängt (und hängengeblieben) an einem Rap-Lied, das 13 Jahre zuvor als polemischer Kommentar im Kontext der rechtspopulistisch aufgeladenen Leitkulturdebatte als antirassistische Solidaritätsbekundung gemeint war.

Wir diskutieren über das »Korsett« Beamtentum inklusive eingeschränkter Meinungs- und Kunstfreiheit sowie über gesellschaftliche Entwicklungsaufgaben hinsichtlich Medienkompetenz in der Doppelrolle: als staatsdienende Lehrkraft und kritische*r Bürger*in.

Referent: Lea-Won alias Lion Häbler Münchner Rapper

Wann: Mittwoch, 16. März 2022, 18.00-20.00 Uhr

Bildungsarbeit als Extremismusprävention? Das Konzept der »wehrhaften Demokratie« und seine Anwendung in aktuellen Förderprogrammen

Vereine und Initiativen, die durch Bildungs-, Beratungs- und Netzwerkarbeit die Demokratie weiterentwickeln, sehen sich derzeit mit folgenreichen Veränderungen in der staatlichen Förderpolitik konfrontiert. Auf Basis des Konzepts der »wehrhaften Demokratie« wird politische Bildungsarbeit zunehmend als Form der »Extremismusprävention« angesehen – mit weitreichenden Folgen für die Autonomie der freien Träger. Auf diese Weise, so die These des Vortrags, wird Bildungsarbeit präventionspolitisch instrumentalisiert und – flankiert durch den Verfassungsschutz – in eine polizeiliche Ordnung eingepasst.

Referentin: Prof. Dr. Julika Bürgin Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt

Wann: Dienstag, 29. März 2022, 18.00-19.30 Uhr

Die Einwahldaten zu den einzelnen Veranstaltungen findet ihr ab dem 28. Januar auf unserer Homepage: gew-bayern.de/berufsverbote
Die Veranstaltungen sind Kooperationsveranstaltungen von

